

»Marwa zu gedenken heißt, Rassismus zu bekämpfen«

Margot Gaitzsch



VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

September 2020



Sommer der Möglichkeiten

Während OB Hilbert im »Urlaub« ist, ist wohl alles erlaubt. » Seite 3

Partei ergreifen

Für wen unser Gemeinwesen Partei ergreift, wem es materiell, administrativ oder symbolisch den Rücken stärkt, ist Gegenstand harter Auseinandersetzungen.

Auf 15 Milliarden Dollar schätzt der libanesische Präsident den Schaden der Explosion Anfang August im Hafen von Beirut ein. Den Sachschaden wohl gemerkt. Nun sind er und seine mittlerweile zurückgetretene Regierung Ziel massiver Proteste im Land. Letztere aber sind bemerkenswert: Sie richten sich gegen ein politisches System, das den Staat zur eigenen Bereicherung ausverkauft, das Menschen in Armut und ohne Perspektiven hält - und sich selbst an der Macht. Es geht den Protestierenden im Libanon um einen Machtwechsel aber auch um Wohlstand und nicht zuletzt um eine handlungsfähige öffentliche Hand. Eine handlungsfähige öffentliche Hand - die braucht es hüben wie drüben. Hier in Dresden etwa soll unser Gemeinwesen Hebammen finanziell unterstützen, die unter der Last ihrer Versicherungskosten leiden, sie soll schnelles Inter-

net dorthin bringen, wo es nicht nur in Zeiten von Heimunterricht dringend benötigt wird. Sie soll die Bedarfe in der Jugendhilfe sichern, mit gezielter Förderung das kulturelle Leben am Laufen halten und lebenslanges Lernen, etwa über eine starke Volkshochschule, ermöglichen. Die öffentliche Hand soll Partei ergreifen für die, die auf ihre Unterstützung angewiesen sind - auch wenn diese nicht materiell ist. Sie soll Beschäftigte vor verkaufsoffenen Sonntagen schützen, sie soll das Königsufer als öffentlichen, belebten Ort schützen und sie soll selbst dort erkennbar bleiben, wo sie ihrer Verantwortung nicht nachgekommen ist - so etwa am Marwa-El-Sherbini-Park vor dem Landgericht. Diese Aufgabenstellungen sind Gegenstand harter Kämpfe. Auf welcher Seite wir als LINKE dabei stehen, ist auf den folgenden Seiten lesbar. *Thomas Feske*

MAHNEN UND ERINNERN

Marwa El-Sherbini

Die Ägypterin Marwa El-Sherbini wurde am 1. Juli 2009 im Dresdner Landgericht während einer Gerichtsverhandlung ermordet. Fast zehn Jahre nach der Tat reichten auf Initiative unserer Stadträtin Kerstin Wagner die Fraktionen Die LINKE, Bündnis 90/Die Grünen und SPD einen Antrag zur Schaffung eines Ortes zur Mahnung und Erinnerung an Marwa El-Sherbini ein. Ein Jahr später, mit einem neu zusammengesetzten Stadtrat, wurde dieser Antrag endlich in der letzten Sitzung vor der Sommerpause mit 38 Ja-Stimmen, 14 Nein-Stimmen und 14 Enthaltungen angenommen.

Die Ehrung des Andenkens der Ermordeten ist auch ein jahrelanges Anliegen des Integrations- und Ausländerbeirates der Stadt Dresden. Sie werden sich gemeinsam mit den Angehörigen von Marwa El-Sherbini an der Gestaltung des Parks beteiligen.

Kerstin Wagner und die amtierende Stadträtin Dr. Margot Gaitzsch berichten über die Antragsinitiative und warum das dahinterstehende Anliegen erst 10 (!) Jahre nach der Tat erfolgreich beschlossen wurde. » Seite 2

GEBURTSHILFE

Die Haushaltssperre gefährdet die Förderung der Hebammen

Im Herbst 2018 beschloss der Ausschuss für Soziales und Wohnen auf Initiative der Fraktionen DIE LINKE, BÜNDNIS90/ DIE GRÜNEN und SPD eine spezielle Förderung für selbständige Hebammen und Geburtshelfer in Dresden. Mit diesem Beschluss kann die entsprechende Berufsgruppe bis zu 200 Euro Zuschuss pro Geburt sowie 30 Euro für die Nachsorge beantragen. Einzige Voraussetzung ist, dass Mutter und Kind ihren Hauptwohnsitz in Dresden haben.

Mit der Hebammenförderung sollen die Rahmenbedingungen für die Geburtshilfe in einer der geburtenreichsten Städte gefördert werden.

Auslöser für diese Initiative waren die im Sommer 2018 angestiegenen Beiträge der Haftpflichtversicherung von freiberuflichen Hebammen und Geburtshelfern. 1981 mussten noch günstige 30,68 Mark für den Haftpflichtschutz bezahlt werden. Mit den Jahren stieg die Höhe des Beitrages rasant: auf 1.352 Euro im Jahr 2003, 6.843 Euro im Jahr 2016 und 2017 auf satte 7.639 Euro (!). Im Juli 2018 wurden die Prämien für die Haftpflichtversicherung dann auf 8.174 Euro erhöht. Grund für die steigenden Kosten sind die ebenfalls gewachsenen Kosten für schwere Geburtsschäden.

Bereits Anfang 2019 stand die Fortschreibung der Hebammenförderung auf der Kippe: Die veränderten Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat machten einen Beschluss beinahe unmöglich. Die Hebammenförderung konnte dann doch glücklicherweise mit einem Anteil des Budgets aus der Liquiditätsreserve finanziert werden.



Die Hebammenförderung fördert auch Familien.

Jetzt muss erneut um die Fortschreibung der Hebammenförderung gebangt werden. Die Verwaltung ließ verlauten, dass in der aktuellen Haushaltsaufstellung das entsprechende Budget nicht eingeplant sei. Bei dem durch die Corona-Pandemie gegenwärtig angeschlagenen Finanzhaushalt der Landeshauptstadt hätten andere kommunale Projekte Vorrang. Zurzeit wird trotzdem händeringend seitens des Geschäftsbereichs für Soziales und Wohnen nach einer Finanzierungsmöglichkeit gesucht.

Die Redaktion

Marwa-El-Sherbini Platz soll ein Zeichen setzen

Die ehemalige Stadträtin Kerstin Wagner und die amtierende Stadträtin Dr. Margot Gaitzsch sprechen über die Antragsinitiative und den schweren Weg zum Beschluss.



Der Park vor dem Dresdner Landgericht soll künftig »Marwa-El-Sherbini-Park« heißen.

Kerstin, der Antrag entstammt deiner Feder. Wie kam es zu dieser Initiative?

Kerstin Wagner: Die Forderungen des Integrations- und Ausländerbeirates nach einer Straßenbenennung nach Marwa El-Sherbini kenne ich schon viele Jahre. Als ich in der Position war, meinen Teil zur Umsetzung beizutragen, habe ich das getan. Ich hätte diesen Antrag gern gemeinsam mit anderen demokratischen Parteien des Stadtrates eingebracht und habe das Gespräch mit Fraktionensmitgliedern von CDU und FDP gesucht. Ich bin der Überzeugung, dass der Kampf gegen Rassismus kein linkes oder links-grünes Thema sein darf. Den Antrag mit uns einbringen wollten dann aber nur SPD und Grüne.

Gab es bereits vor diesem Antrag Bemühungen einer anderen Form des Erinnerens an Marwa El-Sherbini?

Dr. Margot Gaitzsch: Es gab bereits 2012 eine Antragsinitiative, die Lothringer Straße in »Marwa El-Sherbini-Straße« umzubenennen. In diesem Fall gab es große Bedenken gegen diesen Antrag. Stattdessen entstand der Antrag auf die Vergabe eines Marwa El-Sherbini-Stipendiums an eine in Dresden studierende Frau, die sich in besonderer Weise für die Integration von Muslima in die Gesellschaft engagiert. In der seit 2009 bestehenden Kooperation übernahm es die SPD unter der Führung des damaligen Stadtrates Herrn Christian Avenarius das Thema weiter zu bearbeiten. Mit dem Weggang von Herrn Avenarius wurde es still um dieses Thema – bis Kerstin dankenswerter Weise eine neue Initiative startete. Dass diese erfolgreich sein würde, war damals noch nicht absehbar, denn die konservativen sträubten sich lange.

Wieso wurde ausgerechnet der Platz vor dem Landgericht ausgewählt?

Kerstin Wagner: Der Ort des Mordanschlags war das Landgericht – das seitdem auf strenge Personenkontrollen achtet. Nicht »nur« eine Straßenbenennung anzustreben, sondern einem Park in der unmittelbaren Nachbarschaft zum Tatort den Namen eines Opfers rassistischer Gewalt zu geben, war letztlich nicht nur ein gutes Zeichen, sondern auch vom Verfahren her einfacher. Über Straßenbenennungen wird sonst eigentlich immer auf Ebene der Stadtbezirksräte entschieden. Wir wollten aber ein politisches Signal senden – das ist uns gelungen!

Margot, wie hast du die Tat vor elf Jahren miterlebt?

Dr. Margot Gaitzsch: Die Tat war für mich, wie für viele andere auch, zuerst einmal ein Schock. Wie konnte eine solche Horrortat im Gericht überhaupt passieren? Marwa wollte vor Gericht für Gerechtigkeit, für Gleichberechtigung von Frauen, für die Achtung von Frauen unabhängig von ihrer Nationalität oder ihrem Glauben streiten. Dass sie das in einem Dresdner Gericht mit dem Leben bezahlen musste, bleibt unfassbar. Jährlich kommen mehrere hundert Menschen und gedenken der Bluttat. Doch leider hat dies bislang nicht zu einer nachhaltigen Veränderungen in der Stadtgesellschaft, den kritischen Auseinandersetzungen mit den Fragen von Asyl und Migration in Dresden geführt. Aber genau das passt in das Bild von Dresden, sich nicht offensiv mit dem Thema von strukturellem Rassismus, von Menschenfeindlichkeit und Nationalismus auseinanderzusetzen. Andere Städte sind da weiter.

Die Fragen stellte Jana Neveling

Zweierlei Maß der Versammlungsbehörde

LINKE fordert lückenlose Aufarbeitung und Bericht des Oberbürgermeisters zum Versammlungsgeschehen rund um PEGIDA.

Nach den Ereignissen rund um die Versammlung von PEGIDA am 17. August 2020 fordert die Fraktion DIE LINKE im Dresdner Stadtrat eine lückenlose Aufarbeitung des Geschehens sowie einen ausführlichen Bericht von Oberbürgermeister Hilbert (FDP) in der kommenden Sitzung des Dresdner Stadtrates ein. Nach einem Aufruf von PEGIDA-Anführer Lutz Bachmann war es auf dem Neumarkt zu tumultartigen Szenen gekommen. Es drohten massive Übergriffe der PEGIDISTEN auf Gegendemonstranten. Der folgende Polizeieinsatz wurde von Beobachtern und Gegendemonstranten kritisch bewertet. Das Ordnungsamt schritt nicht ein und befand im Nachgang sogar, Bachmann habe alles richtig gemacht.

LINKE-Fraktionsvorsitzender André Schollbach schätzt dazu ein: »Bei Anmelden, Teilnehmern und Beobachtern von Versammlungen besteht bereits seit geraumer Zeit der Eindruck, dass Kundgebungen und Aufzüge durch die Dresdner Versammlungsbehörde ungleich behandelt und Versammlungen von PEGIDA bevorzugt werden. Nun

steht der Verdacht im Raum, dass die Versammlungsbehörde einmal mehr alle Augen für PEGIDA zugedrückt hat.« Die Versammlungsbehörde habe die »äußerst aggressiv auftretenden PEGIDISTEN« selbst dann gewähren lassen, als Gegendemonstranten mit Übergriffen bedroht worden seien. Schollbach erhob dazu eine klare Forderung in Richtung des Oberbürgermeisters: »Ich erwarte, dass diese Geschehnisse lückenlos aufgearbeitet werden und Oberbürgermeister Hilbert einen ausführlichen Bericht dazu vorlegt. Er ist der oberste Dienstvorgesetzte der Versammlungsbehörde und hat seiner Verantwortung nachzukommen.« Bereits in der Vergangenheit war es immer wieder zu teils erheblichen Straftaten im Zuge von PEGIDA-Versammlungen gekommen. So war die Staatsanwaltschaft etwa mit Verfahren wegen Gefährlicher Körperverletzung, Beleidigung, Volksverhetzung, Landfriedensbruchs, Widerstands gegen Vollstreckungsbeamte sowie des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen befasst. *Thomas Feske*



Werden selbst bei angekündigten Straftaten nicht aufgelöst: PEGIDA-Demonstrationen.

Schwarzbau Waldschlößchenbrücke

Der teuersten Elbebrücke Deutschlands fehlen seit Jahren notwendige Umweltgutachten – ein rechtmäßiger Planfeststellungsbeschluss ist bislang nicht einmal in Sicht.

Vor sieben Jahren wurde die umstrittene Waldschlößchenbrücke in Dresden offiziell eröffnet. Sie kostete bislang über 180 Mio. Euro und ist damit die teuerste Elbebrücke Deutschlands. Drei Jahre nach der offiziellen Eröffnung der Waldschlößchenbrücke erklärte das Bundesverwaltungsgericht

den Planfeststellungsbeschluss der Landesdirektion Sachsen für deren Bau für rechtswidrig (Urteil vom 15. Juli 2016 – BVerwG 9 C 3.16). Das Gericht wies in dem Urteil auf Folgendes hin: »Der Beklagte hat nun ein ergänzendes Verfahren durchzuführen, um die festgestellten Mängel zu beheben.« Seit diesem

Urteil sind inzwischen mehr als vier Jahre vergangen. Dennoch liegt bis heute kein rechtmäßiger Planfeststellungsbeschluss vor. Es ist nach wie vor nicht absehbar, wann dies der Fall sein könnte. Dazu sagt LINKE-Fraktionsvorsitzender André Schollbach: »Man muss es so sagen wie es ist: Die teuerste Elbebrücke Deutschlands ist ein Schwarzbau. Obwohl das Bundesverwaltungsgericht bereits vor über vier Jahren den Planfeststellungsbeschluss für den Bau der Waldschlößchenbrücke für rechtswidrig erklärte, ist nach wie vor kein Termin für eine Legalisierung in Sicht.«

André Schollbach hat zu dieser Thematik seit 2016 immer wieder schriftliche Anfragen an Oberbürgermeister Dirk Hilbert (FDP) sowie die Sächsische Staatsregierung gerichtet und sich nach den Konsequenzen aus dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, den eingeleiteten Maßnahmen, dem verfolgten Zeitplan und den entstehenden Kosten erkundigt. Hiernach wurde die Stadt Dresden im Jahr 2016 von der Landesdirektion aufgefordert, weitere Untersuchungen, eine ergänzende Verträglichkeitsprüfung durchzuführen sowie einen Artenschutzfachbeitrag zu erstellen.

Im August 2020 wurde nun mitgeteilt, dass die Unterlagen als Leseexemplar bei der Stadtverwaltung vorlägen und dort geprüft würden. Es handele sich um elf Einzelunterlagen, aufgeteilt in Artenschutzprüfung, Fauna-Flora-Habitat (FFH)-Vorprüfungen, FFH-Prüfungen sowie FFH-Abweichungsprüfungen. Ein genauer Termin für die Einreichung dieser Dokumente bei der Landesdirektion könne jedoch derzeit nicht benannt werden, da diese mit insgesamt circa 1.300 Seiten sehr umfangreich seien. Nach gegenwärtigem Stand belaufen sich die zu erwartenden finanziellen Aufwendungen der Stadt Dresden für diese Gutachten, Untersuchungen und Prüfungen auf circa 220.000 Euro. *Norbert Engemaier*



Kostete Dresden den Weltkulturerbetitel: Der Schwarzbau Waldschlößchenbrücke.

Zeittafel

- 2000 Bauarbeiten im Umfeld
- 2004 1. Planfeststellung
- 2007 Baubeginn unter Protesten
- 2009 Aberkennung Welterbetitel
- 2013 Eröffnung der Brücke
- 2016 Urteil zu Rechtswidrigkeit

Mehr Freifunk wagen!

Ein Rück- und Ausblick zur Digitalisierung und dem unermüdlichen Kampf mit der Stadtverwaltung und den rechts-konservativen Fraktionen.

Unser Kommunalwahlprogramm fordert, dass Dresden freies WLAN in allen städtischen Gebäuden und an öffentlichen Plätzen bieten und dabei die Zusammenarbeit mit Freifunk-Initiativen nutzen soll. Bereits 2012 stellte DIE LINKE einen Antrag für freies und kostenloses WLAN in Dresden als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dieser wurde 2013 abgelehnt. Nur ein Jahr später wollte die Stadt dann plötzlich doch eigene WLAN-Hotspots schaffen mittels eines Verbunds von Dresden Information GmbH, Dresden Marketing Gesellschaft und dem Verkehrsverbund Oberelbe unter dem Etikett Tourismus und Wirtschaft. 2016 erfolgte mit Rot-Rot-Grün der Beschluss mit den zivilgesellschaftlichen Akteur*innen im Bereich des Freifunks Standorte da anzubieten, wo sich Personengruppen mit einem besonderen Bedarf befinden. Die Stadtverwaltung verlangte von den Freifunker*innen eine Vereinsgründung sowie einen Anforderungskatalog mit konkreten Zielen und Standortplänen. Dem kamen die Freifunker*innen im darauf folgenden Jahr auch nach. Zudem wurde mit der Novellierung des Telemediengesetzes die Störerhaftung für Anbieter*innen von freiem WLAN dem Grunde nach abgeschafft. Dennoch beruft sich die Verwaltung auf mögliche Haftungsrisiken und forderte von den



Freifunk sichert digitale Teilhabe für Menschen ohne teuren Mobilfunkvertrag.

rund Dutzend Mitgliedern des kleinen Freifunkvereins die vertragliche Übernahme aller(!) Haftungsrisiken. Damit endete dann die Zusammenarbeit der Stadt mit den Freifunker*innen trotz des Stadtratbeschlusses – nicht aber der Standortausbau des mittlerweile eigenen öffentlichen WLANs und das trotz angeblicher Haftungsrisiken. Für den Ausbau wurde sogar der Anforderungskatalog der Freifunker*innen für die eigene Umsetzung verwendet. Besonders die Neustadt und Innenstadt sind nun gut abgedeckt. Die weißen Flecken befinden sich noch immer an den Ortsrändern und Stadtgebieten wie Gorbitz oder Prohlis.

Es ist eine absolute Frechheit, dass man für Tourismus und Wirtschaft WLAN-Hotspots schafft, während die

Ortsränder und Stadtgebiete wie Gorbitz oder Prohlis noch lange darauf warten können. Stadtratsbeschlüsse werden nicht umgesetzt und kleine Vereine werden am ausgestreckten Arm verhungern gelassen, obwohl diese den Ausbau und die Umsetzung von Freifunk ehrenamtlich leisten. Oft stehen die rechts-konservativen Fraktionen auf Seiten von Stadtverwaltung und Wirtschaft und glänzen mit sinnlosen Anträgen oder legen dem Fortschritt Steine in den Weg. Dem gilt es konsequent entgegen zu treten. Viel mehr sollten die unermüdlichen Ehrenamtler*innen und nicht zuletzt die Menschen in den Mittelpunkt gestellt werden, die keinen Zugang zum WLAN-Netz haben. Es ist eine Frage der sozialen Teilhabe und Bildungsgerechtigkeit in Dresden, die sich besonders beim Heimunterricht während der Corona-Pandemie bemerkbar gemacht hat aber nicht auf diese beschränkt ist. Denn noch immer bewegen wir uns bei der Digitalisierung in vielen Bereichen im Schneckentempo. Allzu oft werden auch die öffentlichen Gelder für schlechte Software, Lizenzen oder unpraktikable Endgeräte ausgegeben. DIE LINKE. Fraktion im Dresdner Stadtrat wird weiterhin mit Herz und Verstand für digitalpolitische Themen streiten und den Finger stets auf's Neue in die Wunde legen. *Katharina Hanser*

AUS DER NEUSTADT

Internet abschalten – ernsthaft?

In der Woche nach der Sitzung des Stadtbezirksbeirates am 06.07.2020 war die Dresdner Neustadt Gegenstand breiten Medieninteresses. »Dresden: Politiker wollen das Internet abschalten, Dresden blamiert?« oder »Darf Dresden Bewohnern Internet abschalten?« war zu lesen.

Doch was war eigentlich passiert? In der Sitzung am 06. Juli sollte der Stadtbezirksbeirat über einen Antrag der FDP entscheiden. Diese wollte zwei weitere verkaufsoffene Sonntage für die Dresdner Neustadt aufgrund der ausgefallenen Stadtteilstellen ermöglichen. Damit sollte dem lokalen Handel in Zeiten der Krise geholfen werden.

Diesen Antrag hätten wir natürlich in der Form abgelehnt, DIE LINKE spricht sich gegen noch mehr Sonntage aus, an denen die Verkäufer*innen arbeiten müssen. Die Partei DIE PARTEI hatte in der Sitzung einen passenden Änderungsantrag dabei, der auch eine Mehrheit im Gremium fand. Der Antrag hatte das Ziel

den Antrag der FDP folgendermaßen zu verändern: »... dem Stadtbezirksbeirat Neustadt wird die Möglichkeit eingeräumt zwei Termine und Ereignisse zu finden, an denen das Internet in der Zeit von 12 bis 18 Uhr abgeschaltet wird ...«.

Natürlich will keiner das Internet abschalten, das wäre auch technisch für den Stadtbezirk nicht möglich. Es ging bei den Änderungen darum, den Fokus auf das wirkliche Problem zu lenken. Denn nicht die fehlenden Öffnungszeiten sind das Problem. Wenn wir ehrlich sind ist das Problem, dass wir zu viel im Internet bei den großen Versandhändlern shoppen. Wer den lokalen Handel stärken will, der muss dann auch lokal einkaufen. Das geht in vielen Fällen sogar online. Viele lokale Geschäfte haben eine Internetpräsenz aufgebaut. So ist der beschlossene Antrag des Stadtbezirksbeirates nicht ganz ernst zu nehmen und soll uns einfach an eine Sache erinnern: Was ich Sonntag nicht online kaufen kann, kaufe ich Montags lokal. *Marcel Ritschel*



Um die Geschäfte ums Eck zu fördern: Lokal einkaufen statt online.

»Soziale
Garantien statt
Gnade der
Wohlfahrt«

Katja Kipping



MITTENDRIN

Sozialistische Schrift für Dresden

September 2020

Überhitztes System

Der ökonomische und ökologische Kollaps droht.

» Seite 5

Waffen schaffen keinen Frieden!

Linke Friedenspolitik gegen den Militarismus

Der Weltfriedenstag am 1. September erinnert an den völkerrechtswidrigen Angriff Nazideutschlands auf die Republik Polen vor 81 Jahren. Der dadurch entfesselte Zweite Weltkrieg war mit bis zu 80 Millionen Toten die größte Katastrophe des 20. Jahrhunderts. Auch im Hinblick auf die Herausforderungen der Corona-Pandemie ist internationale Kooperation und Solidarität wichtiger denn je. Der Appell von UN-Generalsekretär António Guterres für einen globalen Waffenstillstand und die Beendigung aller Wirtschaftssanktionen gegen Länder wie Kuba, Venezuela oder Iran verhallt in den USA und der EU ungehört. Die Bundesrepublik hält an Waffenexporten in Krisenregionen fest und plant derzeit die weitere Aufrüstung, unter anderem mit neuen Kampffjets im Gesamtwert von neun Milliarden Euro.

Als LINKE fordern wir die Bundesregierung auf, endlich für Abrüstung einzustehen und auf eine erneute Erhöhung des Verteidigungsetats zur

Erfüllung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO zu verzichten. Stattdessen soll Deutschland aus der NATO austreten und die Auslandseinsätze der Bundeswehr beenden. Militärische Großmanöver wie Defender 2020 dürfen nicht mehr unterstützt werden. Deutschland muss den USA die Nutzung ihrer Militärbasen auf deutschem Boden untersagen. Die zuletzt diskutierte Wiedereinführung der Wehrpflicht lehnen wir ab.

Wir brauchen stattdessen Investitionen in Bildung, Infrastruktur und den sozial-ökologischen Umbau der Weltgesellschaft. Statt Milliarden in die Militarisierung zu stecken, muss in eine vernünftige Entwicklungspolitik investiert werden. Der 1. September ist in diesem Jahr mehr denn je Anlass, sich stark zu machen gegen Krieg und Aufrüstung. Eine friedlichere Welt wird es nur geben, wenn Konflikte konsequent gewaltfrei gelöst werden. Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus!

Anne Holowenko

EDITORIAL

Die ökologische Krise abwenden

Der Dürremonitor für Deutschland zeigt, was die Skeptiker des Klimawandels allzu gern ausblenden: Die Klimakrise ist längst bei uns angekommen. Besonders alarmierend ist die Lage in Ostdeutschland, das fast flächendeckend von schwerer bis extremer Dürre betroffen ist. Braune Wiesen, welkes Blattwerk und bsterbende Wälder im Harz sind das Ergebnis der bereits drei Jahren anhaltenden, extremen Niederschlagsmangels. Raul Zelik, Romancier, Politikwissenschaftler und Sachbuchautor verortet die Ursachen für den Klimawandel in der kapitalistischen Wachstumsideologie und hat mit seinem Buch »Wir Untoten des Kapitals« ein engagiertes Plädoyer für einen grünen Sozialismus vorgelegt. Von einem historischen Abriss gescheiterter Sozialismusmodelle führt die Schrift zu seiner Vorstellung einer Transformation jenseits des Reformismus. Einiges davon stellt er in einem Interview in dieser Ausgabe dar. Uwe Schaarschmidt

Plötzlich Hartz IV

Heils Ministerium blockiert Erleichterungen für betroffene Selbstständige.

Im Zuge der Corona-Krise sind nun auch Gruppen auf Sozialleistungen angewiesen, die bisher kaum Erfahrungen mit dem Hartz-IV-System gemacht haben. Dies betrifft zum Beispiel Künstlerinnen und Künstler, Inhaber und Angestellte von Reisebüros und Reiseveranstaltern, Konzertagenturen und Veranstaltungstechniker*innen, Gastronom*innen oder Inhaber*innen kleiner Läden und Dienstleistungsfirmen. Sie, die über Jahre hin oft hart am Rande der Insolvenz und mit einem hohen Maße an Selbstausbeutung ihre wichtige Arbeit getan haben, stehen plötzlich vor einer Situation, mit der sie nie gerechnet haben. Ihre Berichte, wie zum Beispiel der Bericht vom Kulturrat NRW, verdeutlichen die alltäglichen Tücken und die grundlegenden Fehler des Systems Hartz IV und dabei gab es anfangs noch Erleichterungen in der Corona-Krise.

»Hartz IV kennt keine Gnade – auch nicht für Kunst & Kultur.«

Ich habe das Schreiben des Kulturrates zum Anlass genommen, um das zuständige Ministerium damit zu konfrontieren. Doch das Haus von Hubertus Heil ist offensichtlich nicht willens, diese berechtigten Kritiken zum Anlass für Verbesserungen zu nehmen.

»Die Antworten des Ministers Heil wiegeln nur ab.«

Das Haus von Hubertus Heil hat beispielsweise leider keinerlei Anstrengungen unternommen, um die strikte Anrechnung des Partner*inneneinkommens abzuschaffen oder abzumildern. Viele Menschen in Not haben gerade deshalb keine Grundsicherung oder nur eine gekürzte Grundsicherung erhalten.

Soziale Garantien statt Gnade der Wohlfahrt!

Zur Erläuterung: Je nachdem wie hoch die Wohnkosten gerade ausfallen, kann bereits ein monatliches Nettoein-



Die gesamte Veranstaltungsbranche kämpft ums Überleben.

kommen des Partners von 1500-2000 Euro dazu führen, dass die Grundsicherung gekürzt oder sogar gänzlich verweigert wird. Die Bedürftigkeit wird bei einem Paar ohne Kinder vereinfacht wie folgt ermittelt: 2 x 389,- Euro Regelsatz + 300,- Euro maximale Hinzuzugangsmöglichkeit + Wohnkosten.

Mein Fazit daraus ist: Die Erfahrungen, die zum Beispiel. Kunstschaffende während der Coronakrise mit dem Hartz-IV-System gemacht haben, unterstreichen noch ein mal nachdrücklich, wie wichtig es ist, dieses System durch individuelle soziale Garantien zu ersetzen.

Katja Kipping

Illegalität gefährdet!

Die Situation von Sexarbeiter*innen hat sich während der Pandemie enorm verschlechtert.

Seit März ist das Leben von Sexarbeiter*innen wegen der angeordneten Schließung der Bordelle massiv prekär. Prostitutionsstätten müssen deshalb

endlich wieder geöffnet und Sexarbeit legalisiert werden! Solange diese verboten ist und rechtliche Unsicherheit herrscht, arbeiten Prostituierte zuneh-

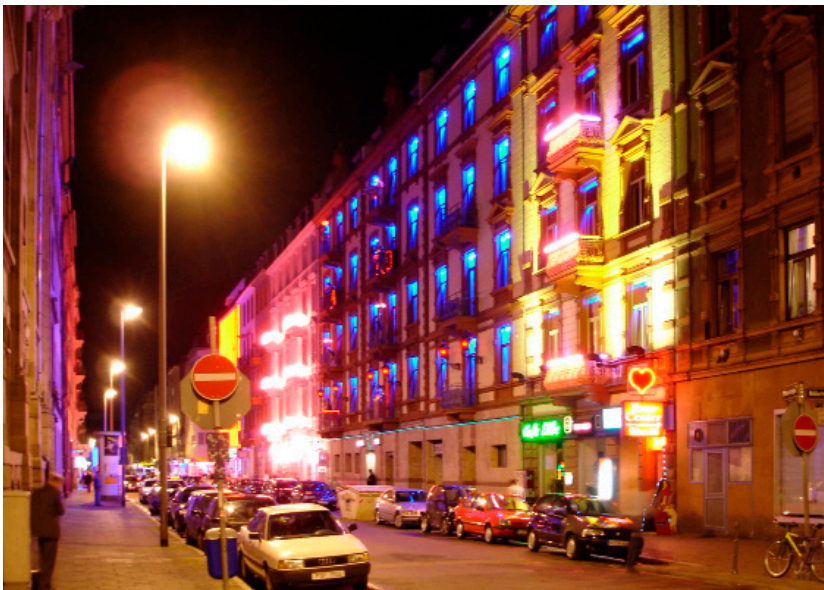
mend in der Illegalität – womit sie sich dem Risiko aussetzen, von Freiern angegriffen zu werden. Sexarbeiter*innen berichten, dass die Kund*innen seit Corona immer dreister werden und enormen Druck ausüben. Schließlich wissen sie, dass die Sexarbeiter*innen aus Angst nicht die Polizei rufen werden. Und das ist der Punkt: Prostitution passiert. Wir müssen die Bedingungen schaffen, dass Sexarbeiter*innen dies nicht mit Angst, illegal und prekär tun müssen – erst Recht seit Corona.

Dem Statistischen Landesamt zufolge gibt es 800 angemeldete Prostituierte in Sachsen. Die Dunkelziffer aber ist deutlich höher. So schätzen Beratungsstellen alleine die Zahl der Prostituierten in Dresden auf 600 bis 700. Und: Sie haben finanziell sehr mit den Corona-Maßnahmen zu kämpfen. Zwar sind seit Juli Haus- und Hotelbesuche wieder erlaubt, Bordelle selbst aber sind weiterhin geschlossen – die wirtschaftliche Situation bleibt für Prostituierte also angespannt. Etwa 80 Prozent der

Sexarbeiter*innen in Sachsen haben einen Migrationshintergrund. Viele leben hier ohne Krankenversicherung. Weil es anfangs nicht erlaubt war, in Prostitutionsstätten zu übernachten, sind viele Sexarbeiter*innen auf die Straße gesetzt worden.

Von den Corona-Soforthilfen für Solo-Selbstständige haben Prostituierte auch nicht profitiert. Erstens waren die Zugangsvoraussetzungen für Migrant*innen, teils ohne Meldeadresse und deutsches Bankkonto, unerreichbar. Zweitens waren die Soforthilfen dazu gedacht, Betriebsausgaben zu decken, wie etwa Miete von Geschäftsräumen, Werbung oder Versicherungen. Solche Ausgaben haben Sexarbeiter*innen aber meist nicht. Um die prekäre Situation dennoch zu überbrücken, sind in einigen Kommunen wie Leipzig oder Halle selbst organisierte Netzwerke entstanden. Außerdem hat der Berufsverband sexuelle Dienstleistungen einen Spendenfonds errichtet.

Sarah Buddeberg



Der Zwang in die Illegalität erhöht das Risiko, Opfer von Gewalt zu werden.

Waffen schaffen keinen Frieden!

Eine Broschüre der Rosa-Luxemburg-Stiftung liefert Antworten auf Waffenpropaganda.



Das Friedensdenkmal in Hiroshima, dem Ort des ersten Kernwaffeneinsatzes.

der Autoindustrie, ist. In der Broschüre setzt sich Jan van Aken damit auseinander und bezeichnet es als einen weit verbreiteten Irrglauben, dass die Rüstungsindustrie ein ökonomisches Schwergewicht sei. Obwohl die absoluten Zahlen aus diesem Bereich der Wirtschaft unzuverlässig sind, liegt der Anteil der Kriegswaffenexporte an allen deutschen Exporten aber bei gerade mal 0,21 Prozent.« (S. 12) Zu den Beschäftigten gibt es offensichtlich keine unabhängigen Zahlen. Auch der genaue Anteil der Exporte an der gesamten Rüstungsproduktion ist nicht bekannt. Dass allein spricht für sich. Was noch zählt: Die meisten Beschäftigten in der Rüstungsindustrie sind hoch qualifiziert. Bei dem aktuellen immer wieder beklagten Fachkräftemangel sollte es nicht schwierig sein, Arbeitsplätze in anderen Bereichen zu finden. Hier kommt den Gewerkschaften eine wichtige Rolle zu. Aber gerade in der IG Metall gibt es dazu gesplante Positionen. Das behindert den Weg zur Abrüstung.

Waffen für die Kurden? Waffenlieferungen sind aus LINKER Sicht auch hier der falsche Weg. Jan van Aken zeigt

Die Losung ist so lapidar wie richtig. Ich empfehle euch zu diesem Thema eine Veröffentlichungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung: »Kein Panzer geht in Kriegsgebiete. Irrtümer und Mythen über Waffenexporte - und warum wir ihr Verbot brauchen«. Aus dieser Broschüre von Jan van Aken werde ich einiges zitieren, ohne es immer als Zitat zu kennzeichnen und hoffe damit euer Interesse fürs Original zu wecken. Deutschland sollte keine Waffen mehr exportieren, denn jede Waffe findet ihren Krieg. Alle 60 Sekunden wird irgendwo auf der Welt ein Mensch erschossen. Das sind 500.000 Männer, Frauen und Kinder jedes Jahr. Rüstungsexporte begünstigen immer Krieg, Zerstörung und Tod. Somit ist jeder Euro, der mit Tod und Leid verdient wird, einer zu viel. Der einzige nachhaltige Weg, diesen

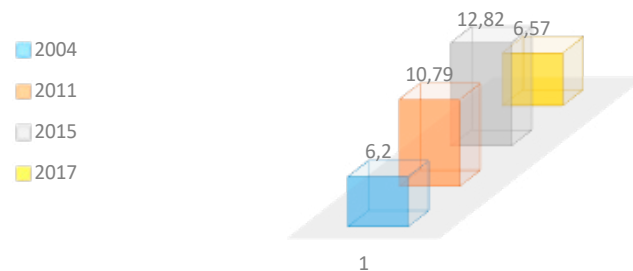
Wahnsinn zu stoppen, ist ein gesetzlich verankertes, absolutes Verbot von Waffenexporten.

Druck in Parlamenten und von außen

Wir können das schaffen, wenn wir im Parlament und als außerparlamentarische Opposition entsprechenden Druck erzeugen, wenn wir uns mit anderen Friedensbewegten zusammenschließen. In der Broschüre findet ihr auf 44 Seiten u. A. Argumente zu zu Einwänden wie: »Wenn wir nicht liefern, liefern die anderen.« »Da hängen so viele Arbeitsplätze dran.« »Waffenexporte helfen, Länder und Regionen zu stabilisieren.« Oder »Aber Waffen für die Kurd*innen, das ist doch o.k.«

Ein gesetzliches Waffenverbot ist so

Durch die Bundesregierung genehmigte Rüstungsexporte (in Mrd. Euro)



wohl moralisch wie politisch bedeutsam. Selbst wenn China, die USA oder Russland ein solches Verbot verhindern wollen, dürfen wir den Einfluss der Politik in Deutschland auf den Rest der Welt nicht unterschätzen. Auch wenn sich die Großen Nationen, dem Verbot von Landminen und Streumunition noch verweigern, sind Waffen dieser Art mittlerweile weltweit geächtet. Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Positive Beispiele für wichtige Abrüstungsschritte in der Vergangenheit sind die Abschaffung der biologischen Waffen 1969 durch Nixon in den USA - eine Initialzündung, auf die drei Jahre später die Biowaffenkonvention folgte.

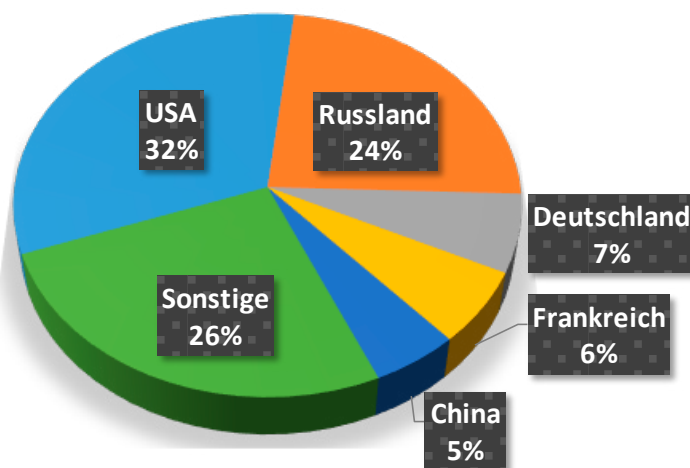
Scheinargumente

Was ist dran, am Arbeitsplatzargument? Ich meine, dass das das Totschlagargument Nr. 1 - auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen, wie z. B.

zwei mögliche Wege auf, die schon im September 2014 hätten zu einer Lösung führen können (vgl. S. 19). Erstens den Aufbau internationalen Drucks gegenüber der AKP-Regierung in der Türkei, um Waffentransporte über die Türkei ins Kriegsgebiet zu unterbinden und zweitens politischen Druck aufbauen, der die Geldströme zur Unterstützung islamistischer Gruppen, z. B. aus den arabischen Staaten, die Millionen erreichten, hätte unterbrechen können. Die deutsche Botschaft in Katar unternahm jedoch nichts.

Um Friedenskräfte zu stärken, gilt es eine neue Betroffenheit der Menschen in Deutschland zu entwickeln. Wissen bleibt immer noch der beste Weg. Ich hoffe, dass ich einige dazu angeregt habe, sich auch mittels der oben genannten Broschüre zu informieren und Wissen weiterzutragen. Kommen wir in die Diskussion - und machen wir die Welt friedvoller. *Margot Gaitzsch*

Anteile am weltweiten Waffenverkauf 2008-2017



Entlarvende Allianz

Eklat im Stadtbezirksbeirat Prohlis



Nicht »sauber genug« für Prohlis: Die Banda Internationale.

Wie gefährlich der Einzug der neuen Rechten in Parlamente und demokratisch gewählte Gremien ist, konnte in

der Sondersitzung vom Juli des Stadtbezirksbeirates Prohlis erneut eindrücklich beobachtet werden. In dieser

wurde die Förderung für ein interkulturelles Bürger*innenfest in Prohlis, vom Netzwerk ‚Prohlis ist bunt‘, behandelt. Geplant ist ein kulturelles Programm mit Musik, Tanz und Bastelangeboten. Für die Besucher*innen ist das Fest eine Möglichkeit, Menschen, die in Prohlis sonst nicht zu erreichen sind, verschiedene Hilfs- und Beratungsangebote vorzustellen. Dafür hatte das Netzwerk bereits im März die entsprechende Förderung beantragt. Da das Stadtbezirkssamt den Antrag nicht auf die Tagesordnung gesetzt hatte, haben wir - als LINKE, SPD und Grüne - jene Sondersitzung beantragen müssen.

Bezeichnendes Verständnis von Sauberkeit

Schlussendlich wurde die Förderung mit Stimmen von AfD, Freien Wählern, FDP und CDU nicht bewilligt, weil auf dem Fest auch »Banda Internationale« spielen soll. Eine Band, die mit

Geflüchteten und Menschen, die nicht aus Deutschland kommen, Musik macht. Es wurden fadenscheinige Argumente in die Diskussion eingebracht: Angeblich habe die Band zum 13. Februar das Glockengeläut gestört. Dieses Hörensagen wurde nicht bestätigt und ist schlichtweg falsch. Zum Höhepunkt kam es, als ein Beirat der AfD seine Ablehnung mit der Aussage begründete, dass wir »Prohlis sauber halten« müssen. Solche rechtspopulistischen Aussagen vergiften schon länger die Diskussionskultur im Beirat und in der Gesellschaft. Der Auftritt einer Band, in der auch Nicht-Deutsche Musiker*innen spielen, im Umkehrschluss als schmutzig zu bezeichnen ist klarer Rassismus, dem wir entgegenzutreten müssen!

Das Fest wird dennoch stattfinden können, da es eine große Welle an Spenden gab, unter anderem haben wir als Beirat*innen unser Sitzungsgeld gespendet. Kommt am 10. Oktober vorbei!

Florian Berndt

Schildbürgerstreich in Weixdorf

Viel Geld in eine Kita zu investieren, um sie vier Jahre später abzureißen, ist nicht die brillianteste Idee



Naphtalinbelasteter Gebäudeteil. Soll erst saniert und dann abgerissen werden.

Der Weixdorfer Kindergarten »Heideland« wird saniert und soll in zwei Schritten an insgesamt 3 Standorte ausgelagert werden. Diese Aussicht löst bei den Weixdorfer Familien Frust und Ärger aus. Aber eben nicht nur. Viele engagierte Eltern versuchen Alternativen aufzuzeigen. Sie stellen die richtigen Fragen. Dabei ist klar: Auch anderswo in Dresden gibt es diese Probleme, die entstehen, wenn die Kita eben nicht mehr »vor der Haustür«, sondern, wie im Weixdorfer Fall, etwa 8 Kilometer entfernt betreut werden sollen.

Der Unterschied ist, mit derlei Baumaßnahmen geht das Versprechen einher, dass die Kita danach spürbar besser, kindgerechter oder wenigstens schöner ist. Für Weixdorf gilt das nicht. Diese Sanierung soll einzig sicherstellen, dass die Kita überhaupt weiter genutzt werden darf. Die Fundamente sind mit gesundheitsgefährdenden Stoffen durchsetzt.

Fast irrwitzig wird es aber, wenn man auf die geplante Zukunft der Kita sieht. So wird sie der-

zeit zum Teil und im Folgejahr endgültig leergezogen, bis 2022 dann saniert. Anschließend soll sie für nur vier bis sieben Jahre genutzt werden, bis sie komplett abgerissen wird. Schildbürgerei pur! Der dann fällige Neubau wird die Stadt einen hohen einstelligen Millionenbetrag kosten. Fragt man aber, warum die Stadt den Neubau nicht direkt angeht, erhält man nur Ausflüchte. Denn dass dafür aktuell kein Geld eingeplant ist, kann der Oberbürgermeister mit Zustimmung des Stadtrates ändern. Finanzierungsmöglichkeiten sind zu Zeiten des Negativzinses und des ausgehöhlten Neuverschuldungsverbots (siehe Verwaltungsneubau Ferdinandplatz) vorhanden.

Das spart der Stadt nicht nur die 1,5 bis 2 Millionen Euro für die Entkernung (ca. 25% der Neubaukosten), sondern bedeutet für die Weixdorfer zumindest, dass zukünftige Eltern und Kinder eine attraktive Kita in Wohnortnähe vorfinden und nicht die nächste »alternativlose« Auslagerung vor der Tür steht.

Norbert Engemaier

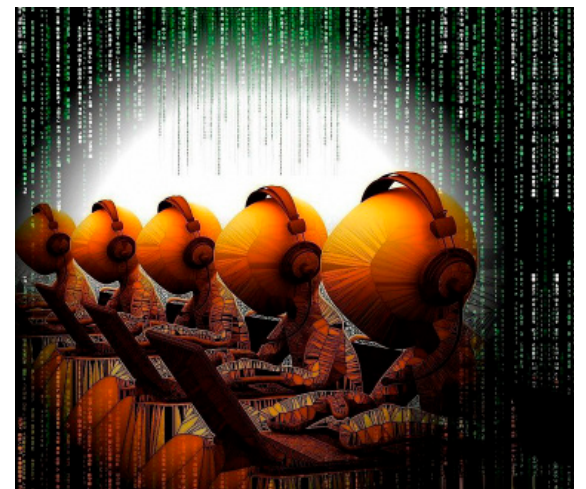
ARBEITSGEMEINSCHAFTEN

Gründung der LAG Netzpolitik im HdB

Die LAG Netzpolitik und Gaming wird vom 11.09. bis 13.09 ihre Gründungsveranstaltung im Jugendverein »Roter Baum« abhalten. Los geht es am Freitag ab 18 Uhr mit Vorträgen über Gaming und E-Sport. Ab 21 Uhr ist ein gemütliches Beisammensein inklusive einer LAN-Party geplant.

Der Samstag wird mit der eigentlichen Mitgliederversammlung, und der Sprecher*innenwahl beginnen, die zwischen 11 bis 13 Uhr stattfindet. Ab 14 Uhr gibt es Vorträge über netzpolitische Themen. Als Abschluss folgt am Abend eine Podiumsdiskussion mit Vertreter*innen der sächsischen Linken. Einen genauen Ablaufplan stellen wir bis dahin auch auf unserer Website. Ihr seid alle herzlich eingeladen zuzuhören und Euch zu beteiligen.

Robert Hennig



Will Datenkraken bändigen: Die LAG Netzpolitik & Gaming.

»Wir sollten für das Leben sein!«

Raul Zelik im Gespräch über die Notwendigkeit eines »Grünen Sozialismus«

Raul, Du schreibst in Deinem neuen Buch über politische Monster, die Untoten des Kapitals. Allerdings in der Wir-Form. Wer gehört denn alles dazu?

Im Kapitalismus gibt es zwar große Ungleichheit, und manche profitieren von den Verhältnissen. Aber „Untote“ sind wir eigentlich alle. Denn in unserer Gesellschaft entscheiden letztlich die Bedürfnisse des Kapitals und nicht von uns Menschen. Wir alle wundern uns, warum seit 35 Jahren vom Klimawandel, seit 50 Jahren von der Umweltzerstörung geredet wird, aber nichts passiert ist. Dabei ist die Erklärung ganz einfach: Weniger Naturzerstörung bedeutet auch weniger Kapitalvermehrung. Ich würde sagen: Der große Widerspruch des 21. Jahrhunderts heißt Kapital vs. Leben. Mehr Demokratie, bessere Gesundheitsversorgung, weniger Mietspekulation und nicht zuletzt auch Klimapolitik – das alles geht nur, wenn wir die Interessen des Kapitals zurückdrängen. Solange Medien, Gesundheit, Wohnungen und Natur zur Ware gemacht werden, können wir nicht demokratisch und vernünftig darüber entscheiden, was getan werden soll.

Neben der Arbeit an Deinen Romanen hast Du Dich als Politikwissenschaftler intensiv mit der lateinamerikanischen Politik beschäftigt, warst Professor an der kolumbianischen Nationaluniversität. Nun ein engagiertes Plädoyer für eine grünen Sozialismus. Ist das aus Deiner bisherigen Arbeit gewachsen oder gab es so etwas wie ein Schlüsselerlebnis?

Ich bin nach dem Abitur nach Kolumbien gegangen und habe dort bei einer Bauernorganisation gearbeitet. Seit damals wurde und wird die linke Opposition im Land systematisch verfolgt. Zehntausende wurden ermordet, übrigens auch mit europäischer Unterstützung, denn Kolumbien ist ein so genannter »globaler Partner der NATO«. Und wegen dieser Verfolgung war der »Kampf für das Leben« immer ein zentrales Motto der kolumbianischen Linken. Es gab aber auch ein anderes Verständnis von Gemeinsamkeiten: Die Ölarbeitergewerkschaft hat beispielsweise die Proteste von Indigenen und Bauern gegen die Förderung von Erdöl oder gegen große Bergbauprojekte immer unterstützt. Zwar hängen Jobs vom Öl ab, aber die Gewerkschafter*innen haben gesagt: Wir wollen kein Wirtschaftsmodell, das die Natur und die Kultur der Indigenen zerstört. Wenn das der Preis ist, dann stimmt etwas mit unserem Wirtschaftsmodell nicht. Kapital versus Leben. Wir sollten für das Leben sein.

In Deinem Buch skizzierst Du die Auf- und Zusammenbrüche der bisherigen Sozialismusmodelle. All diesen gemein war eine völlige Herablassung gegenüber der Natur als in sich stabiles System, das man umzukrempeln und willkürlich zu formen oder zu beherrschen versuchte. Der Kapitalismus macht es nicht anders – verkauft es aber bislang besser. Ist er damit tatsächlich am Ende?

Die Zeiten der hohen Wachstumsraten scheinen wirklich zu Ende zu gehen, und das setzt natürlich



auch die »Wertschöpfung«, also die Kapitalvermehrung unter Druck. Dass immer mehr Geld mit spekulativen Geschäften – mit Aktien, Immobilienhandel, Termingeschäften – verdient wird, ist kein Ausdruck kapitalistischer Gesundheit, sondern eher ein Hinweis auf seine Probleme. Mit der Herstellung von Gütern lässt sich immer schwerer Geld verdienen. Das Ende

»Der steigende Anteil spekulativer Geschäfte weist auf die Probleme des Kapitalismus hin.«

des Kapitalismus in seiner heutigen Form muss aber auch aus linker Sicht keine gute Nachricht sein! Feudale Klassengesellschaften waren nicht-kapitalistisch und extrem unfrei und ungleich. Sehr wahrscheinlich ist, dass die Umwelt»probleme« des Kapitalismus das verschärfen werden, was heute schon schlimm ist: Für viele Menschen werden Nahrungsmittel und Trinkwasser teuer oder unerreichbar, Landstriche werden unbewohnbar, lokale Kriege, religiöser Fundamentalismus und Nationalismus nehmen zu. Wir werden die Umweltkrise als soziale Krise und als Abfolge von Kriegen erleben. Genau deswegen ist ein sozialer und ökologischer Systemwechsel so wichtig: Er ist die einzige Exit-Strategie aus der heraufziehenden Großkrise.

Du beschreibst Deine Schwierigkeiten mit dem Begriff des »Green New Deal« wie er zum Beispiel im neuen Programm der Labour-Party verankert ist und mit dem die Machbarkeit eines sauberen, solidarischen Kapitalismus beschworen wird. Faktisch grünes Wachstum – aber immerhin gewisse Einsichten. Kann es der Linken gelingen, da kritisch anzuknüpfen?

Im Programm von Labour war von Kapitalismus nicht die Rede, sondern von der Stärkung der Gemeinwirtschaft und der öffentlichen Infrastrukturen. Genau das ist der Punkt: Der Bau von 30 Millionen Elektroautos ist überhaupt nicht

Zur Person

Raul Zelik (*1968 in München) ist Romancier, Journalist, Politikwissenschaftler und Mitglied des Parteivorstandes der LINKEN. In seinem 2020 bei Suhrkamp erschienenen Essay beschäftigt er sich mit der ökonomisch-ökologischen Krise unserer Zeit.

ökologisch, weil dafür riesige Mengen an Rohstoffen gefördert werden müssen. Sehr ökologisch hingegen wäre es, den Individualverkehr durch ein modernes Netz öffentlicher und flexibler Verkehrsmittel zu ersetzen. Selbst wenn es sich um alte Busse handelt, ist die Klimabilanz von Bussen besser als die individueller Elektroautos. Ein gewaltiges, öffentlich finanziertes Reformpaket – ein linker Green New Deal – könnte uns einen wichtigen Schritt weiterbringen. Aber nur dann, wenn er der Inwertsetzung des Lebens, der Verwandlung aller Lebensbereiche in Waren etwas entgegen setzt und stattdessen öffentliche Infrastrukturen fördert. Die Grünen, aber auch Teile von CDU und Industrie träumen von einem ökologischen Wachstumsschub für den Kapitalismus. Ein linker Green New Deal muss hier widersprechen. Wir brauchen mehr kollektive und soziale Dienste – statt individueller Konsumgüter. »Gutes Leben« mit mehr Freizeit, sozialer Sicherheit und menschlichen

»Ein linker Green New Deal muss den Träumereien widersprechen alles zu ökonomisieren.«

Kontakten statt ein »Wohlstand«, der in erster Linie die Anschaffung von Gegenständen meint, die wir am Ende nur zwei oder dreimal im Leben verwenden.

Die Fragen stellte Uwe Schaarschmidt

»Wir Untoten des Kapitals«

edition suhrkamp 2746,
Taschenbuch, 328 Seiten
ISBN: 978-3-518-12746-9

Mitteilungen aus der Stadtgeschäftsstelle

Öffnungszeiten

Di, Do: 9:30 - 12:00 Uhr

13:00 - 16:00 Uhr

Mo, Fr: 9:30 - 12:00 Uhr

Termine

Der nächste Stadtvorstand tagt am 17.9. ab 18:00 Uhr. Der Ältestenrat wie immer am Dienstag davor ab 9:30 Uhr. Die Koordinierungs-Gruppe trifft sich immer freitags 16 Uhr in der Software »Discord«. Wie ihr daran teilnehmt, erklären wir euch gern.

Pandemiebedingter Hinweis:

Aufgrund der derzeitigen Situation veröffentlichen wir hier nur ausgewählte Termine. Da nicht sicher ist, dass alle Sitzungen und Treffen wirklich stattfinden können, informiert Euch bitte telefonisch oder via Mail bei Kristin Hofmann oder tagesaktuell auf unserer Internetseite.

Eure Kristin Hofmann

AG BILDUNG

Novelle zum Bildungs- und Teilhabepaket: Notwendig aber unzureichend

Familien mit geringem Einkommen oder Sozialleistungsbezug soll das Bildungs- und Teilhabepaket ermöglichen, gleichberechtigt Angebote in der Schule und in der Freizeit wahrzunehmen. So steht es auf sachsen.de. In Dresden haben geschätzt Zehntausend Kinder Anspruch darauf. Mit dem neuen »Starke-Familien-Gesetz« (BGBI 2019, Teil I, Nr. 16) sind am 1. August 2020 Verbesserungen im Bildungs- und Teilhabepaket möglich geworden. Die angeführten Punkte sind notwendig, doch bei Weitem nicht ausreichend, arme Schüler*innen zu unterstützen. Sie können nur beim Start ins neue Schuljahr helfen. Ingrid Körner

Ausflüge: Die Kosten werden übernommen.

Bisher war dies nur bei Versetzungsgefährdung möglich.

Persönlicher Schulbedarf: Anerkannt wird ein persönlicher Schulbedarf von bis zu 150 Euro pro Schuljahr. Davon 100 im ersten und 50 Euro im zweiten Halbjahr. Ab 2021 erfolgt eine jährliche Erhöhung.

Aufwendungen für Mittagessen: Das gemeinschaftliche Mittagessen in Schulen ist ohne Zusatzkosten gesichert. Bisher war eine Zuzahlung nötig.

Schülerbeförderung: Der bisherige Eigenanteil entfällt.

Soziale Teilhabe / Kultur, Sport, Mitmachen: Es werden pauschal statt 10 nun 15 Euro monatlich anerkannt.

Lernförderung: Unabhängig von einer Versetzungsgefährdung können Schülerinnen und Schüler eine Lernförderung in Anspruch nehmen.

Bürgertelefon zum Bildungspaket: 030 221 911 009 (Montags bis Donnerstags, 8:00 - 20:00 Uhr) oder via Mail an bildungspaket@dresden.de

AG DIE NEUE

Unsere Mission: Neumitglieder einbinden

Eigentlich klingt es ganz einfach, das mit dem politischen Partizipieren. Wählen gehen und Demonstrieren einerseits, Parteilarbeit und Ehrenamt andererseits. Als 2017 dann die Bundestagswahl vor der Tür stand, sah dieses »System« leider alles andere als gesund aus. Jahrelang gingen immer weniger zu den Wahlen und trotz massiver Proteste schuf PEGIDA eine ritualisierte

Demo von Rechts. Donald Trump konnte die Wahl zum Präsidenten der Vereinigten Staaten für sich entscheiden, obwohl seine Kontrahentin mehr Stimmen bekam und die AFD freute sich mit rassistischen, xenophoben und antidemokratischen Äußerungen nunmehr zweistellige Umfragewerte erzielen zu können.

Daran hat sich bis heute wenig geändert, nur überdecken die aktuellen Be-

richte zur Umweltdebatte oder Corona mitunter, dass politische Bildung keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Allen Umständen zum Trotz, brachte das Jahr 2017 auch ein positives »Problem« mit sich: hunderte Parteieintritte, allein im Raum Dresden. Zur Abhilfe gründeten einige Neumitglieder kurzerhand selbst eine Organisationsstruktur: DIE NEUE. Seitdem kümmern wir uns immer am ersten Montag des Monats gegen 18.30

Uhr darum, nicht nur Neumitgliedern, sondern allen Interessierten eine Orientierung zu bieten, wer, wann, wo, was genau tut. Für das »wie« laden wir Fachleute in das Haus der Begegnung ein, die eine Einführung in ihren Themenkomplex und ihre Arbeit geben. Snacks sind gratis - und Nachfragen ausdrücklich erwünscht.

Orga-Team: Paul Furkert, Jana Neveling, Ronald Kämmerer, Tom Wittig

STADTPARTEITAG

Nachwahlen und Strategiefindung

Der Stadtparteitag findet als Gesamtmitgliederversammlung am Sonntag, dem 27. September 2020, von 10:00 bis ca. 16:00 Uhr im Neuen Rathaus Dresden, Dr.-Külz-Ring 19 im Plenarsaal und Festsaal statt. Der Einlass beginnt 9:30 Uhr. Die Einladung für Mitglieder und die dazugehörigen Unterlagen wurden per Post versandt. Es stehen mit den Vorstandsnachwahlen und dem vorliegenden Struktur Antrag zum Einen wichtige innerparteiliche Entscheidungen an. Zum Anderen wird durch unsere Stadtratsfraktion über die anstehenden Richtungsentscheidungen für den städtischen Doppelhaushalt 2021/22 informiert und zur Diskussion eingeladen. Der Stadtvorstand hofft auf eine rege Beteiligung aus allen Stadtbezirken und Ortschaften unserer Stadt. Die Redaktion

Sozialberatung im »Haus der Begegnung«
Geschäftsstelle DIE LINKE, »Haus der Begegnung«, Großenhainer Str. 93, ausschließlich nach vorheriger Anmeldung per E-Mail (kontakt@dielinke-dresden.de) oder per Telefon (0351/8583801)



Cuba Si/ DIE LINKE Dresden
IBAN: DE 93 8505 0300 3120 1830 74

Verwendungszweck:
»Milch für Kubas Kinder«

SEPTEMBER/OKTOBER

Termine und Hinweise

AG DIE NEUE, Treffen mit MdL Kerstin Köditz
➔ 7. September, 18:30 Uhr HdB

AG DIE NEUE, Treffen mit Bürgermeisterin Kris Kaufmann
➔ 5. Oktober, 18:30 Uhr, HdB

Stadtvorstand
➔ 17. September, 18:00 Uhr

Stadtvorstand
➔ 8. Oktober, 18:00 Uhr, HdB

DIE LINKE Tour gegen Altersarmut mit Katja Kipping und Sarah Buddeberg
➔ 23. September, 14:00 bis 16:00 Uhr am Straßburger Platz (am Julius-Fučík-Denkmal)

Reisebericht aus dem IRAN
➔ 9. Oktober, 18:00 Uhr, Martin-Luther-Str. 21

Stadtparteitag
➔ 27. September, siehe Artikel

Veranstaltung der Fraktion im Dresdner Stadtrat zur Zukunft des städtischen Klinikums
➔ 30. September, 19 Uhr Café Luk, Grundstraße 174, 01324 Dresden
Details siehe letzte Seite im Fraktionsteil

Ein Rententopf von allen für alle.

Faire Löhne, mehr Rente
ARMUT BEKÄMPFEN!
#EinTopfFürAlle

www.die-linke.de

Autos statt Lebensfreude behindern!

Petition zur autofreien Louisenstraße gestartet.

Ordnungsbürgermeister Sittel erwägt, in der Neustadt im Kreuzungsbereich der Rothenburger/Görlitzer Straße- Louisenstraße, ein Alkoholverbot zu verhängen. Geht's noch? Wir sagen: Lasst die Leuten feiern!

Das Eck ist seit jeher ein Treffpunkt für Menschen aus Dresden. Es bietet die Möglichkeit auch abseits von teureren Bars- und Kneipen gemütlich den Abend zu verbringen und ist so Anlaufpunkt für alle Dresdner*innen, auch die mit wenig Einkommen, die keinen Platz mehr in den Gastronomien finden oder einfach draußen den Abend verbringen wollen. Doch seit den Lockerungen der Maßnahmen zur Eindämmung des Coronavirus scheint es noch mehr Leute als sonst an diesen Ort zu treiben. Dies führt zu einigen Problemen wie Anwohner*innenbeschwerden, Infektionsschutz und der Behinderung von Verkehr, insbesondere den Straßenbahnen.

»Eine Sperrung von 18 bis 4 Uhr würde viele der Probleme lösen.«

Dass das, vor allem in Bezug des erhöhten Infektionsrisikos, nicht dauerhaft geht, wissen wir auch. Aus diesem Grund haben wir eine e-Petition bei der Stadt Dresden gestartet: Die Louisen-



Autorechte statt Menschenrechte? Wir halten dagegen und streiten für eine Autofreie Louisenstraße.

straße im Abschnitt der Alaunstraße bis Martin- Luther- Straße, sowie Teile der Rothenburger und Görlitzer Straße sollen täglich von 18- 4 Uhr für motorisierte Fahrzeuge gesperrt werden. Dadurch wird Raum der eigentlich verfügbar wäre, wenn er nicht von motorisiertem

Individualverkehr vereinnahmt wird, den Menschen, die in Dresden und in der Neustadt wohnen, zur Verfügung gestellt. Somit könnte die Zentrierung das Eck gelöst werden, was sich positiv auf die Störungen für Anwohner*innen und Einhaltung des Infektionsschutzes

auswirkt. Gerade in diesen Straßenabschnitten besteht abends keine Notwendigkeit mit dem Auto hindurch zu fahren bzw. zu parken.

Ihr könnt die Petition über die Internetseite der Stadt Dresden mitzeichnen.

Florian Berndt

Gegen jeden Antisemitismus

Linksjugend Dresden protestiert gegen Auftritt von Lisa Eckhart in Dresden.

Am 20. August trat Lisa Eckhart in der Freilichtbühne Junge Garde im großen Garten Dresden auf. Dagegen haben wir als linksjugend Dresden, gemeinsam mit den Organisationen e*vibes und Dresden Postkolonial, Protest organisiert.

Die Kabarettistin Eckhart hatte in der Vergangenheit gezielt antisemitische, aber auch rassistische, transfeindliche und homophobe, Ressentiments reproduziert. In einem Auftritt, der vor kurzem vom WDR veröffentlicht wurde, thematisiert Eckhart die #metoo-Bewegung. Dort bringt sie Täter im Kontext der #metoo-Debatte mit ihrem Judentum in Verbindung. Eckhart geht vom weit verbreiteten antisemitischen Ressentiment, jüdischen Menschen gehe es nur ums Geld aus und postuliert dann, diese unterstellte Geldgier resultiere aus der unterstellten Lüsternheit der Juden. Das führe dann zu Vergewaltigung-

gen-, Belästigungen und sexualisierter Gewalt. Darüber hinaus impliziert Eckhart Juden*Jüdinnen hätten vom Holocaust finanziell profitiert.

Natürlich sind Übergriffe und Vergewaltigungen nie zu rechtfertigen und die Täter zu verurteilen. Aber das hat nichts mit ihrem Jüdisch-Sein zu tun. Eckhart selbst behauptet gegen Antisemitismus zu stehen, und ihrem liberalen Publikum den Spiegel vorzuhalten. Dabei fehlt jedoch jegliche Pointe. Ihr Programm verkommt stattdessen zu einer reinen Aneinanderreihung von menschenfeindlichen Ressentiments und Ausspielung verschiedener unterdrückter Minderheiten gegeneinander. Hier wird niemand entlarvt. Stattdessen werden die antisemitischen Einstellungen einfach wiedergegeben, ohne Pointe oder ironischen Bruch. Dabei handelt es sich um Einstellungen, denen bis zu ein Drittel der Deutschen so

oder so ähnlich zustimmen würde: Diverse repräsentative Studien, wie die Leipziger Autoritarismus Studie oder die Bielefelder Mitte Studie, belegen regelmäßig, dass bis zu einem Drittel der Befragten latent oder manifest antisemitisch eingestellt sind. Diese Einstellungen werden von Eckhart nicht hinterfragt oder kritisiert, stattdessen werden sie auf banalste Weise reproduziert. Adorno formuliert in seinen Minima Moralia »Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden«. Es geht bei Antisemitismus um mehr als ein Vorurteil oder Fehltrium. Antisemit*innen hegen bereits antisemitische Einstellungen bevor sie überhaupt in Kontakt mit einer jüdischen Person kommen. Es geht ihnen dann nur noch darum den konkreten Menschen ihrem Bild von »dem Juden« anzupassen. Genau dieses Gerücht bzw. Bild bestärkt Eckhart in ihren Auftritten.

Selbst wenn es Eckhart gelingen würde auf antisemitische Einstellungen aufmerksam zu machen und diese zu kritisieren – und um ganz klar zu sein: das gelingt ihr nicht – ist das keine ausreichende Reaktion auf den tief in der Gesellschaft verankerten Antisemitismus. Stattdessen muss es immer darum gehen Antisemitismus und seine Ursachen zu benennen und zu bekämpfen. Genau deswegen ist es wichtig auch bei solchen Anlässen zu widersprechen. Antisemitismus kann und darf in keiner Form und Weise akzeptiert werden oder unwidersprochen bleiben. Oder um es noch einmal mit Adorno zu sagen: »Hitler hat den Menschen im Stande ihrer Unfreiheit einen neuen kategorischen Imperativ aufgezwungen: ihr Denken und Handeln so einzurichten, dass Auschwitz nicht sich wiederhole, nichts Ähnliches geschehe.«

Annina Hermes

BÜRO UNSERER EUROPAABGEORDNETEN

Ein neues Gesicht ist für die LINKE in Brüssel aktiv

Seit Mai arbeite ich in Connys Büro und begleite vor allem den Industrieausschuss (ITRE) im Europaparlament. In diesem Ausschuss ist für uns die sozial-ökologische Transformation, beispielsweise im Rahmen des Europäischen Grünen Deals, einer der Schwerpunkte.

Aufgewachsen in der Nähe von Heidelberg, bin ich 2007 mit 21 Jahren nach Iowa in die USA ausgewandert, weil dort ein Teil meiner Familie lebt, den ich zuvor nicht kannte. In Iowa habe ich wie viele meiner Verwandten, Cousins und Cousinen auf dem Bau gearbeitet und Betonfundamente gelegt. Nach einem glimpflich verlaufenden Arbeitsunfall habe ich mich letzten Endes dazu durchgerungen, den für mich damals großen Schritt zu tun, ein Geschichts- und Politikstudium zu beginnen, zunächst am örtlichen Community College und später am Culver-Stockton College in Missouri. Um mein Studium zu finanzieren, arbeitete ich unter anderem mit Menschen mit Behinderungen, um ihnen ein möglichst unabhängiges Leben zu ermöglichen.

Meine Zeit als Arbeiter und Studierender in den USA hat mich stark ge-

prägt, vor allem dadurch, zu sehen wie hart Arbeiter*innen in den USA unter widrigsten Bedingungen und zu extrem niedrigen Löhnen arbeiten müssen, um sich und ihre Familien über die Runden zu bringen; aber auch wie Studierende teils 30 oder 40 Stunden in unterbezahlten Jobs arbeiten, um ihren Lebensunterhalt während des Studiums zu verdienen, nur um nach ihrem Abschluss oft jahrzehntelang die Schulden zurückzuzahlen, die sie für Studiengebühren aufnehmen mussten. Mein irrtümlicher Glaube, dass uns so etwas in Europa nicht passieren könnte, litt unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise und der aggressiven neoliberalen Politik, die sich zu dieser Zeit auch in Europa breit machte. Dabei wurde mir klar, wie fragil die Errungenschaften der Arbeiterbewegung sein können, wenn wir nicht fortlaufend für deren Erhalt eintreten.

Nach meinem Bachelor-Abschluss setzte ich mein Studium mit einem Masterprogramm in European Studies in Lund, Schweden fort. Seit 2014 arbeitete ich dann in Brüssel für verschiedene Organisationen. Nach einigen Zwischenstationen landete ich schließlich bei der Europäischen Föderation der Bau und Holzarbeiter (EFBH) in Brüssel, bei der



Für DIE LINKE aktiv: Stephen Schindler

ich vier Jahre lang für Europäische Betriebsräte und die politischen Themenfelder Asbest und Energieeffizienz in Gebäuden verantwortlich war.

Stephen Schindler

BUCHTIPP

Die Hoffnungsvollen – Ein Roman über Hoffen und Scheitern

Alex will Ethnologin werden, doch das Orchideenfach, in dem am Bedarf vorbei Massen ausgebildet werden, erweist sich als Sackgasse. Dabei hat sie früh gelernt, sich durchzuschlagen. Ein Abrisshaus ist preiswerte Bleibe, Ausgrabungen finanzieren ihr Studium und ihre Forschungen in Sibirien. Männer trudeln durch ihr Leben, bis sie sich für ihr Kind entscheidet. Nun handelt sie sich von Projekt zu Projekt, während Anträge zum Lottospiel verkommen. Sie wird von Stipendien und Drittmitteln finanziert. Eine unbefristete Stelle ist unerreichbar, und wenn sie ihrer Tochter ein halbwegs normales Leben bieten will, muss sie sich zwischen ihr und der Wissenschaft entscheiden.

Anna Sperk möchte mit ihrem Roman »Die Hoffnungsvollen« auf die Folgen der prekären Arbeits- und Lebensbedingungen in Deutschland wie auch international aufmerksam machen, die sie eindrücklich am Beispiel einer

geisteswissenschaftlichen Karriere thematisiert. Der Roman wurde bereits im Jahr 2018 mit dem Klopstock-För-

derpreis für neue Literatur des Landes Sachsen-Anhalt 2018 ausgezeichnet.

Die Redaktion



»Die Hoffnungsvollen«

von Anna Sperk
Mitteldeutscher Verlag,
Roman, 544 Seiten
ISBN: 978-3-95462-750-9

MITTENDRIN
Sozialistische Schrift für Dresden

Impressum

Herausgeber

DIE LINKE. Dresden
Großenhainer Straße 93
01127 Dresden

V.i.S.d.P.

Uwe Schaarschmidt

Kontakt

Telefon: 0351/8583801
kontakt@dielinke-dresden.de
www.dielinke-dresden.de

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwährende Kürzungen vor.

Autor*innen dieser Ausgabe:

Anne Holowenko, Uwe Schaarschmidt, Katja Kipping, Sarah Buddeberg, Norbert Engemaier, Ingrid Körner, Dr. Margot Gaitzsch, Raul Zelik, Florian Berndt, Annina Hermes, Robert Hennig, Paul Furkert, Stephen Schindler

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwährende Kürzungen vor.

Bildnachweise (Seite)

Fluke/pixelio.de (1), Arne Hückelheim/wikimedia commons (2), Bluefeeling/pixelio.de (2), Dmitrij Rodjonov/wikimedia commons (3), fantasticpicture/pielio.de (4), Norbert Engemaier(4), Henning Schlottman/wikimedia commons (4), Ferran Cornella/wikimedia commons (5), Robert Hennig (6), Dirk Kruse/pixelio.de (7), Heiko Hilker (8)

Gestaltung und Satz

Norbert Engemaier

Druck

LR Medienverlag
und Druckerei GmbH

Auflage

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 6500 Exemplaren gedruckt. Digital lesbar ist die Ausgabe unter www.dielinke-dresden.de

Redaktionsschluss

19.8.2020

Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich am 12.10.2020

Unterstützung

Die Zeitschrift »Mittendrin« kann kostenfrei abonniert werden. Wir freuen uns jedoch über eine Spende, mit der Sie das Erscheinen unserer Zeitung unterstützen. **Spendenkonto:**

DIE LINKE. Dresden
IBAN: DE94 8505 0300 3120
1714 16

Ostsächsische Sparkasse
Dresden

DIE LINKE.
Stadtverband Dresden

CHRISTOPHER-STREET-DAY

Jetzt zeigt Dresden endlich Flagge!

Das Hissen der Regenbogenflagge zum Christopher-Street-Day (CSD) ist in anderen Städten schon längst Tradition. Damit dieses Zeichen der Wertschätzung und Solidarität endlich Dresden ankommt, haben wir als Fraktion den Antrag gestellt, zum Internationalen Tag gegen Homo-, Inter- und Transfeindlichkeit (IDA-HIT*) und zum CSD die Regenbogenflagge zu hissen. Auf der letzten Sitzung des Stadtrates vor der Sommerpause wurde unser Antrag mit einer knappen Mehrheit von 37 Stimmen endlich angenommen.

Neben Chemnitz und Leipzig gehört auch Pirna zu den Städten, in denen jährlich die Regenbogenfahne gehisst wird. Dieses Jahr wurde nach nur einer Woche die Flagge samt Mast zerstört und schon in den Jahren davor gab es queerfeindliche Angriffe in Form von Sachbeschädigungen und Störungen auf der Kundgebung in Pirna.

Homo- und transfeindliche Übergriffe nehmen nicht ab, ganz im Gegenteil. Fast ein Drittel der sächsischen Gesellschaft gab im Sachsen Monitor an, dass Beziehungen zwischen Personen desselben Geschlechts unnatürlich seien. Dabei bleibt es schon längst nicht nur bei den Einstellungen - in Sachsen erleben Menschen konkrete Gewalterfahrungen aufgrund ihrer sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität. Das zeigt auch eine Studie der LAG Queeres Netzwerk Sachsen. Die 267 Teilnehmenden erlebten in den letzten 5 Jahren insgesamt 1672 Übergriffe.



Buntes Treiben beim Christopher-Street-Day, an dem jährlich Tausende Menschen teilnehmen.

Darunter Beleidigungen, Bedrohungen, Stalking und leichte und schwere Körperverletzungen.

Hilbert will ein Bürgermeister für alle sein. Trotzdem braucht es erst mehrere Aufforderungen und schließlich einen Stadtratsbeschluss, um auch ein Bürgermeister für die zu sein, die sonst so oft in unserer Gesellschaft und im Alltag unsichtbar gemacht werden. *Leo Lentz*

Neustädter Markt – Der Schlüssel ist es, die Straße zu verkleinern.

Beschlussfassung zum »Königsufer/Neustädter Markt« erhält Elbgrün, Neustädter Markt und Bauten der Ostmoderne.



Aussicht aus den »Platten« auf den Goldenen Reiter, Blockhaus und die Altstadt

Zum ersten Mal hatte ein Stadtrat sich auf Antrag der LINKEN die endgültige Formulierung und Beschlussfassung zur Aufgabenstellung eines städtebaulichen Wettbewerbes und zur Jurybesetzung vorbehalten. Dinge, die landläufig dem Stadtplanungsamt überlassen werden.

Zuvor waren nicht bestätigte Planungen der Aufgabenstellung beigelegt worden, als hätte es die anderslautenden Beschlüsse zum Rahmenplan Innere Neustadt vom Januar 2016 nie gegeben.

Statt einer vom Stadtplanungsamt völligen Überarbeitung des Bestandes, insbesondere der Bauten der Ostmoderne an der Nordseite des Neustädter Marktes und an der Sarrasanistraße, sollte dies ausdrücklich erhalten werden. Eine städtebauliche Fassung des Neustädter Marktes an der Südseite Richtung Elbe wurde zwar bestätigt, allerdings nicht über die Grenzen der Vorkriegsbebauung hinaus. Das Elbufer blieb der Grüngestaltung vorbehalten.

Einmal dabei, wurden entsprechend den Regeln für Planungswettbewerbe bindende Vorgaben gemacht, sehr zum Missfallen der Fachleute in der Verwaltung. Unter anderem sollte eine Rekonstruktion von barocken Bürgerhäusern auf zwischen Blockhaus und Bellevue diskutiert werden und die Baugrenzen Richtung Elbe wurden verbindlich festgeschrieben, um allen Ausbruchversuchen von Verwaltung oder Investoren einen Riegel vorzuschieben.

Die Vorgaben lenkten die Kreativität der Wettbewerbsarbeiten in sinnvolle Bahnen, wie die bestbewerteten Arbeiten zeigten. Ziel war außerdem, eine kleinteilige Bebauung zu verwirklichen, um nicht mit den bereits bestehenden Großbauten wie dem Finanzministerium, dem Blockhaus oder der Bebauung aus den siebziger Jahren in Konkurrenz zu treten. Vielmehr sollten die verschiedenen Bauepochen von Renaissance, Barock, Gründerzeit und Ostmoderne zusammengeführt und durch gestaltete Übergänge miteinander verbunden werden.

Die in die Kritik geratene Verkleinerung des Neustädter Marktes wurde dagegen verworfen. Die Wettbewerbsbeiträge mühten sich damit vergeblich ab, für mögliche Baufelder links und rechts des Goldenen Reiters sinnvoll gestaltete Baukörper zu definieren.

Mit dem gefassten Beschluss, den Siegerentwurf in Bebauungspläne zu überführen, beginnt die Detailarbeit. Der Neustädter Markt soll möglichst original erhalten bleiben und ergänzt werden. Die leidige Gestaltung der Fassaden ist weiteren Wettbewerben vorenthalten. Alle Fraktionen bekannten sich zu einer Verkleinerung der Großen Meißner/Köpckestraße. Städtebaulich ist selbige ein Missstand, schneidet er doch so wichtige Bauten wie das Japanische Palais, das Hotel Bellevue, das Blockhaus und das Finanzministerium sowie den gesamten Uferraum der Elbe von der eigentlichen Inneren Neustadt ab. *Tilo Wirtz*

JUGENDHILFE

Debatte zum
Etat 2021/22

Eigentlich muss sich der Stadtrat mit seinen Gremien gedulden bis der Oberbürgermeister die Zahlen seines Haushaltsentwurfes rausrückt. Ende September soll das der Fall sein. Vorher gilt es abzuwarten oder auf dem einen oder anderen Informationsbröckchen herumzukauen, was man dennoch ergattern kann. Eine andere Sache ist das beim Jugendhilfeausschuss: Dieser ist per Gesetz Teil des Jugendamtes, also auch ein Teil der Stadtverwaltung. Somit kann er eigentlich auch an der sonst geheim gehaltenen, veraltungsinternen Diskussion um die Haushaltsplan-aufstellung teilnehmen. Nach der Frühjahrsklausur unserer Fraktion zur Haushalts-situation war das Eingreifen des Ausschusses auch bitter nötig. Dort ließ Finanzbürgermeister Lames nämlich erkennen, dass wieder einmal Hand an den Etat der Förderung freier Träger gelegt wurde.



40 Stellen droht die Streichung.

Für die Gesamtverwaltung gab es coronabedingt eine Marschrichtungszahl: 12% weniger Ausgaben bei den Sachkosten, Nullrunde bei den Personalkosten. Anders bei den geförderten Trägern: Hier wurde die Schere auch bei den Personalkosten angesetzt. Trotz einer bereits vom Oberbürgermeister reduzierten Kürzung bleibt immer noch ein Fehlbedarf von über 5 Millionen Euro. Würde das so bleiben, müssten ab dem nächsten Jahr über 40 Personalstellen gekürzt werden. Diese Zahlen, die ich vorher schon vermutet hatte, sind nun von der Jugendamtsverwaltung öffentlich bestätigt worden. Nun gilt es zu argumentieren, damit dieses Szenario nicht zu Wirklichkeit wird.

Tilo Kiebling

Schiebepuzzle mit Schulen

Über das endlose Spiel des Schulverwaltungsamtes, laufende Beschlüsse immer und immer wieder zu umgehen.



Am Bertolt-Brecht-Gymnasium in der Dresdner Johannstadt lernen fast 1000 Schülerinnen und Schüler.

Das Bertolt-Brecht-Gymnasium in Dresden und die 101. Oberschule sind kürzlich Gegenstand von zahlreichen Diskussionen geworden. Laut 2018 beschlossenen Schulnetzplan sollte das bereits sanierte Bertolt-Brecht-Gymnasium erneut renoviert und vor allem erweitert werden. Die 101. Oberschule sollte auf der Cockerwiese neu gebaut werden. Die Schule hat zwar ein vollständig saniertes Gebäude an der Pfothener Straße in Johannstadt, läuft jedoch dreizügig statt fünfzügig an ihrem gegenwärtigen Standort. In das neu geplante Schulgebäude passt auch ein Gymnasium, dieses wird nun ab diesem Schuljahr mit den ersten Schülerinnen und Schülern starten. Die 101. Oberschule teilt sich die Räume jetzt mit dem neuen Gymnasium und dem Abendgymnasium.

Das Abendgymnasium geht später in den Schulstandort Gehestraße, wenn das Gymnasium Klotzsche in ihr neugebaute Schulhaus zurückzieht. 2023/24 wird es dann Probleme geben, die Oberschule und das Gymnasium gemeinsam unterzubringen.

Da zeigt sich, wie eng alles geplant ist: sobald eine Schule nicht rechtzeitig fertig ist, wird es problematisch. Wenn nun das Schulverwaltungsamt zusätzlich ohne Absprache mit den Fachpolitiker*innen diese Pläne einfach verändert, hat das gravierende Folgen. Es werden ihnen Vorschläge gemacht, die nicht den Beschlüssen entsprechen. Meist ist die Zeit dann so weit fortgeschritten, dass ein Eingreifen seitens der Politik kaum noch möglich ist. Dieses Problem zeigte sich nun bei einem neuen Vorschlag: Das Bertolt-Brecht-Gymnasium soll abgerissen

und als Kompaktbau neu gebaut werden. Es soll ein gemeinsamer Schulcampus aus der 101. Oberschule und des Bertolt-Brecht-Gymnasiums entstehen, der 2023/24 mit einer dreijährigen Bauzeit beginnen soll. Eher zu bauen ist nicht möglich, da es keinen freien Ausweichstandort für das Gymnasium gibt. Dieser steht erst 2023/24 am Ausweichstandort Terrassenufer zur Verfügung, wenn die Sanierung des Gymnasiums Cotta rechtzeitig fertig wird. Wir wissen also nicht, wo die 101. Oberschule drei Jahren lang untergebracht werden kann. Beide Schulen wurden nicht in die Pläne einbezogen und protestieren nun. Die Arbeitsweise des Dresdner Schulverwaltungsamtes ist ein Desaster, der neugewählte Amtsleiter des Schulverwaltungsamtes steht vor gewaltigen Herausforderungen. Anja Apel

ANTRAGSINITIATIVE

Neuer Weg für die VHS?

Im letzten Jahr wurden durch die Volkshochschule 921 Kurse angeboten. Ihre Absicherung gelang der VHS Dresden mit weniger Personal als durch die meisten anderen Volkshochschulen in Deutschland benötigt. Die Dresdner VHS kommt ihrem Auftrag der Daseinsfürsorge nach, der Bildungsmöglichkeit für ALLE. Allerdings fehlt es ihr mit der politisch gewollten Ausweitung ihres Angebots an ausreichender und planbarer finanzieller Unterstützung. Zudem sollte für sie eine geeignete Rechtsform geschaffen werden, die ihren den Belangen gerecht wird und gleichzeitig für die Landeshauptstadt Dresden finanzierbar ist. Darauf zielen nun LINKE, SPD und GRÜNE mit einem eingereichten Antrag ab.

Die Redaktion



Die Volkshochschule ermöglicht lebenslanges Lernen für Alle.

CLUBKULTUR

Sperrstunde aufgehoben

Im Juni 2019 beauftragte der Stadtrat die Verwaltung mit der Aufhebung der Sperrstunde. Vorausgegangen war eine Petition zu dem Thema, die von Bürger*innen und Kulturschaffenden eingereicht wurde. Kurz vor der Sommerpause wurde die Aufhebung der Sperrstunde dann vom Rat beschlossen. Damit wurde ein wichtiges Signal der Stadt Dresden für ein freies und pulsierendes Nacht- sowie Clubleben gesetzt.

Stadtrat Magnus Hecht bezeichnete in seiner Rede in der Ratssitzung die Sperrstunde als Ärgerinstrumentarium, das wie ein Damoklesschwert über der Clubkultur hing. Er sei froh, dass dieses Hindernis nun weggenommen würde. »Wir wollen keinen Ärger, wir wollen die ganze Nacht«, ergänzt er.

Die Redaktion



Können jetzt die ganze Nacht auflegen: DJs in den Clubs.

IM GESPRÄCH MIT

Christopher Colditz

Für welche kommunalpolitischen Themen setzt du dich besonders ein? Besonders während der Corona-Krise zeigt sich, wie wichtig der Themenkomplex »Soziales« ist. Für uns als LINKE ist klar, dass besonders jetzt hier kein Rotstift angesetzt werden darf, auch wenn die Kommune Einnahmeverluste hat. Besonders Beratungsangebote, die vor Sucht oder Wohnungslosigkeit schützen, aber auch Einrichtungen zum Schutz vor häuslicher Gewalt dürfen nicht von Sparmaßnahmen betroffen werden. Ein Thema, das ich demnächst angehen möchte, ist ein niedrigschwelliges Übernachtungshaus für Wohnungslose. Besonders für EU-Bürger*innen ohne Obdach ist es momentan aufgrund der Bürokratisierung schwierig bis unmöglich, schnelle Hilfe und eine Übernachtungsmöglichkeit zu erlangen. Ein Übernachtungshaus ermöglicht unkompliziert und günstig zu übernachten, Duschen und das Waschen der Kleidung.

Kulturelle Folgen der Corona-Politik

Ergänzungsantrag macht aus Hilberts Projekt zur Förderung der Werbeagenturen echte Kultur-Nothilfe.

Schätzungen zufolge fehlen allein in kommunalen Einrichtungen und bei den freien Trägern im Kulturbereich zehn Millionen Euro. Die Corona-Krise brachte die prekäre Situation der Kunst- und Kulturschaffenden auf drastische Art ins Bewusstsein der Öffentlichkeit. Aber auch Gastronomen, Hoteliers und die Veranstaltungsbranche erleben seit Monaten eine nie da gewesene Krise. Aktionen wie »Ohne uns ist Stille« vor der Semperoper machten auf die Not der Betroffenen aufmerksam. Auch fünf Monate nach dem ersten Lockdown hat die Corona-Pandemie unser Leben fest im Griff. Kunst und Kultur können nur sehr eingeschränkt konsumiert werden. Der Tourismus rollt nur langsam wieder an. Viele verbringen ihren Urlaub im eigenen Land und so sieht man auch in Dresden hauptsächlich deutsche Tourist*innen.

Ob diese ihren Aufenthalt tatsächlich von kulturellen Zusatzangeboten, wie den viel beworbenen Kulturinseln abhängig machen, darf bezweifelt werden. Die zwölf Pavillons werden laut Programm nur von Donnerstag bis Samstag genutzt und stehen den Rest der Woche leer. Die verwaisten Zelte sind ein Sinnbild

für diesen Krisensommer, in dem es außer Ratlosigkeit und Aktionismus nicht viel zu geben scheint. Anders ist es nicht zu erklären, dass der OB trotz Haushaltssperre ein Budget von einer halben Million Euro für »sein« Projekt übrig hatte, von dem insbesondere drei Werbeagenturen profitierten, deren Inhaber zu den Vertrauten Hilberts zählen.

Um dieses umstrittene Konzept mittragen zu können, haben wir gemeinsam mit SPD und Grünen einen umfassenden Ergänzungsantrag eingebracht. Getreu dem Motto »Kunst trotz Corona« wurden weitere 500.000 Euro für die unmittelbare Unterstützung der lokalen Kunst- und Kulturszene bereitgestellt. Davon werden 225.000 Euro über den Branchenverband »Wir gestalten Dresden« ausgereicht, der damit die privatwirtschaftliche Kultur- und Veranstaltungsszene fördert. 235.000 Euro werden an institutionell geförderte Einrichtungen verteilt, welche direkt von der Corona-Pandemie betroffen sind. 40.000 Euro werden zur Aufstockung der Kleinprojektförderung genutzt. Hier können lokale Kulturakteure kurzfristig geplante Projekte vorstellen und bis zu 2.500 Euro Förderung beantragen.

Anne Holowenko



Stadtrat Christopher Colditz (Angestellter) ist Mitglied in den Ausschüssen für Soziales und Wohnen, Petitionen sowie Gesundheit.

Was ist dein persönlicher Zugang zu diesen Themen?

Ich komme zwar nicht aus einem armen Haushalt, allerdings auch nicht aus einem gerade besonders wohlhabenden. Ich habe gesehen, wie hart meine Eltern arbeiten mussten, um mir viele Dinge zu ermöglichen, wofür ich ihnen auch heute noch sehr dankbar bin. Ich möchte, dass es andere Menschen besser haben und sie mehr Zeit für die schönen Dinge im Leben haben, anstatt viel Zeit in arbeiten investieren zu müssen. Dafür müssen wir zwar die großen Schrauben drehen, um das System Kapitalismus abzuschaffen, aber auch auf dem Weg dahin können wir mit kleinen Veränderungen schon konkrete Verbesserungen für das Leben von Menschen erreichen.

Die Fragen stellte Jana Neveling



Hilberts Projekt »Dresdner Kulturinseln« - von Montag bis Donnerstag sind sie Sinnbild für den Krisensommer.

Die Zukunft des städtischen Klinikums

Um über die Perspektiven und Risiken des städtischen Klinikums zu informieren und mit allen Interessierten ins Gespräch zu kommen, lädt die Fraktion ins Café Luk ein.



Jens Matthis kämpft für die Kliniken.

Die Corona-Pandemie führt uns vor Augen, wie wichtig ein gut funktionierendes Gesundheitssystem ist. Höchste Leistungsfähigkeit bei möglichst hohem Profit und möglichst wenig Liegezeit – so scheint jedenfalls die Devise des seit 1992 vom Bund beschlossenen Gesundheitsstrukturgesetzes und der damit eingeführten Fallpauschalen, die für jede medizinische Leistung an die Kliniken gezahlt werden. Seit 30 Jahren sorgt das Gesetz für eine deutlich höhere Arbeitsbelastung für das medizinische Personal und führt zu einer Kommerzialisierung des Gesundheitssystems.

DIE LINKE spricht sich klar für eine Rekommunalisierung von Krankenhäusern in Deutschland aus. 2012

konnte mittels eines Bürgerentscheids in Dresden die Privatisierung des Städtischen Klinikums Dresden verhindert werden. Das Krankenhaus befindet sich seitdem nach wie vor in kommunaler Hand. Und trotzdem steckt es derzeit vor großen Herausforderungen: Dem Druck durch private Kliniken, der Konkurrenz zum Uniklinikum Dresden, der Notwendigkeit, dem medizinischen Fortschritt gerecht zu werden, einer alternden Bevölkerung und möglichen Standortveränderungen des Klinikums. Über all dies und Ihre und Eure Vorstellungen zur Zukunft des Dresdner Klinikums möchte unser Stadtrat Jens Matthis am 30. September mit Ihnen und Euch im Café Luk ins Gespräch kommen. *Die Redaktion*

Informationen zur Veranstaltung:

30. September 2020
18 Uhr offene Bürgersprechstunde
19 Uhr Veranstaltungsbeginn

Ort:

Café Luk, Grundstraße 174,
01324 Dresden

Der Eintritt ist frei!

FLÄCHENMANAGEMENT

Das böse E-Wort



Freiflächen für Schulen sind unverzichtbar.

erste Bebauungsplan für ein neues Wohngebiet an der Stauffenbergallee beschlossen werden. Allerdings entstand auf der Zielgeraden neue Unklarheit.

Zwei Schulen in der Nähe, die Freie Alternativschule und die Melli-Beese-Grundschule benötigen perspektivisch größere Freiflächen. Diese wurden im Planungsumgriff des B-Planes vorausschauend als Gemeinbedarfsfläche festgesetzt. Allerdings schockte die horrende Pachthöhe von ca. 55.000 Euro im Jahr. Der Vorgang gab Anlass zu prüfen, ob eine Enteignung nach §87 Baugesetzbuch in Betracht gezogen werden muss, wenn alle anderen Einigungsversuche gescheitert sind, um den Bestand der Schulen zu sichern. Kurz vor der anstehenden Beschlussfassung schlug die öffentliche Diskussion dazu Wellen. Zum Stadtrat wurde dann jedoch eine Absichtserklärung vorgelegt, dass Grundstückseigentümer und Schulen sich einigen wollen. *Tilo Wirtz*

Nachdem die Bundeswehr ihren inhaltlichen Widerstand aufgegeben hatte, die lange quasi ein Recht auf Gefechtslärm mitten in der Stadt geltend machte, konnte der

INFOSTÄNDE

Wöchentlich am Lingnermarkt

Während des Lockdowns rund um die Corona-Pandemie musste leider auch unser wöchentlicher Infostand am Lingnermarkt ausfallen. Seit Ende Juli sind wir aber wieder wie gewohnt jeden Freitag von 9 bis 11 Uhr an der Helmuth-Schön-Allee

vertreten. Abwechselnd werden Mitglieder unserer Fraktion am Stand für Fragen und Anregungen zur Verfügung stehen und euch über unsere Arbeit im Stadtrat informieren. Auf unserer Homepage könnt ihr erfahren, wer am jeweiligen Freitag vor Ort sein wird. Wir freuen uns auf euren Besuch. *Die Redaktion*



Die Stadträtinnen Anja Apel und Anne Holowenko beantworten Fragen am Lingnermarkt.

VORNE LINKS

Die Fraktion im Dresdner Stadtrat

Impressum

Herausgeber

DIE LINKE. Fraktion
im Dresdner Stadtrat
Rathaus, 1. Etage, Zimmer 208
Dr. Külz-Ring 19, 01067 Dresden

Kontakt

Telefon: 0351/4882822
fraktion@dielinke-dresden.de
www.linke-fraktion-dresden.de

V.i.S.d.P.

Thomas Feske

Autor*innen dieser Ausgabe

Anja Apel, Norbert Engemaier, Thomas Feske,
Katharina Hanser, Anne Holowenko, Tilo Kießling,
Leo Lentz, Jana Neveling, Marcel Ritschel, André
Schollbach, Tilo Wirtz

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich das Recht auf sinnwahrende Kürzungen vor.

Bildnachweise

Rainer Sturm/ pixelio (1), Free-Photos/ pixabay (2); Jana Neveling (2, 3, 8); Jörg Blobelt/ wikimedia commons (3), Marcino/ pixabay (4); Alexas_Fotos/ pixabay (4); Carola68/ pixabay (5); Tilo Wirtz (5); Pexels/ pixabay (6, 7); Staubis59/ wikimedia commons (6); highwaystarz/ AdobeStock (6); Frank Grätz (7, 8); Anne Holowenko (7); magicpen/ pixelio (8)

Gestaltung und Satz

Norbert Engemaier

Druck

LR Medienverlag und Druckerei GmbH

Auflage

Die Papierausgabe wird in einer Auflage von 6500 Exemplaren gedruckt.

Redaktionsschluss

13.8.2020

Abonnement

»Vorne links« kann kostenfrei per Mail an fraktion@DIELINKE-dresden.de abonniert werden.

DIE LINKE.
Fraktion im Dresdner Stadtrat